

**Nr. 238**  
**20. Deutsch-britische Konsultationen**  
**London, 30. März 1990**

BK, 211 – 30103 Ko 29, London, 30.3.1990, Hauptvorgang Bd. 2. – Vermerk des MDg Hartmann, 2. April 1990. – Mit Vorlage des MD Teltshik über Chef BK an den Bundeskanzler, 3. April 1990: „Anliegend lege ich Vermerk über o.a. Gespräch vor. Ich schlage ferner vor, daß der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnisnahme übermittelt wird.“ Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltshik“, zur Übermittlung an BM Genscher: „Ja“.

PM Thatcher eröffnet das Gespräch<sup>1</sup> mit dem Hinweis auf ihre Begegnung mit vier DDR-Vertretern nach der gestrigen Veranstaltung in Cambridge<sup>2</sup>. Sie habe den Eindruck gewonnen, daß alle vier höchst unterschiedliche Auffassungen vertreten. Insbesondere der Vertreter des Bürgerforums sei sehr kritisch gewesen.

Der Bundeskanzler wirft ein, das Bürgerforum habe lediglich 2% der Stimmen bei den jüngsten Wahlen errungen. Dies zeige ihre wahre Bedeutung im Unterschied zu dem Medien-echo, das sie bei uns erzielt hätten.

PM Thatcher fährt fort, die DDR-Vertreter hätten eine demilitarisierte Zone befürwortet. Dies bedeute, daß das DDR-Territorium dann keinen militärischen Schutz habe.

Der Bundeskanzler erklärt, diese Vorstellungen entsprächen nicht seiner Ansicht. Für ihn sei die NATO-Zugehörigkeit ganz Deutschlands unabdingbar. Dies stelle auch kein Problem bei der Bevölkerung der DDR dar. Die Menschen in der DDR wollten zum Westen gehören. Das bedeute, auch zur Europäischen Gemeinschaft und zur NATO.

Er glaube im übrigen nicht, daß dies zu einem wirklichen Problem in den Gesprächen „Zwei plus Vier“ werde, wenn sich Amerikaner, Franzosen, Briten und die Vertreter der beiden deutschen Staaten einig seien. GS Gorbatschow habe diese Frage in seinem Gespräch mit ihm nicht zu einem großen Thema gemacht. In Wirklichkeit gehe es der Sowjetunion um die Lösung der mit der Stationierung ihrer Truppen zusammenhängenden finanziellen Fragen, wobei er nicht einmal sicher sei, daß die Sowjetunion ihre Truppen in der DDR lassen wolle. Ein weiteres wichtiges Thema für die SU seien die wirtschaftlichen Verträge zwischen ihr und der DDR, wobei es sich vor allem um Verträge zwischen Betrieben beider Länder handle. Die Sowjetunion wolle hierfür eine günstige Übergangslösung erreichen. Für Gorbatschow sei die wohl wichtigste Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland in diese Verträge eintrete.

Demgegenüber werde die NATO-Zugehörigkeit von sowjetischer Seite vor allem unter taktischen Gesichtspunkten gespielt. Der Bundeskanzler verweist auf ein Gespräch zwischen AM Schewardnadse und dem tschechoslowakischen AM Dienstbier vor dem jüngsten Warschauer-Pakt-Treffen. In diesem Gespräch habe Dienstbier auf eine entsprechende Frage von Schewardnadse erklärt, die ČSSR sei für eine NATO-Zugehörigkeit von ganz Deutschland. Schewardnadse habe Dienstbier daraufhin zu verstehen gegeben, daß er dies deutlich in der Konferenz sagen solle. Dies habe Dienstbier ebenso wie die Vertreter Polens und Ungarns getan. Schewardnadse habe sich anschließend bei Dienstbier für dessen Stellungnahme

1 Einer Mitteilung des Regierungssprechers Klein zufolge war das Vieraugen-Gespräch für 9.00 bis 10.30 Uhr im Amtssitz des britischen Premierministers, Downing Street No. 10, vorgesehen (Pressekonferenz Nr. 35/90, 28. März 1990, 14.30 Uhr. Unkorrigiertes Manuskript, 16 S., hier 1; BPA/PA, F 1/30).

2 An der 40. Königswinter Konferenz in Cambridge unter dem Thema „Deutschland und Europa – ungeteilt“ nahmen aus der DDR Konrad Elmer (Mitglied des Vorstandes der SPD in der DDR), Horst Kaufmann (Generalsekretär, Deutsche Forumpartei), Bernd Oehler (Initiative Frieden und Menschenrechte, Leipzig) und Kersten Radzimanowski (Abteilungsleiter beim Parteivorstand der CDU in der DDR) teil (Liste der deutschen Teilnehmer in: The 40th Königswinter Conference 1990. St. Catharine's College, Cambridge. March 29–31, 1990, 75–80).

bedankt. Auch die Berater von Gorbatschow ließen unter vier Augen durchblicken, daß man über die Frage der NATO-Zugehörigkeit offen reden müsse.

Im übrigen gehörten die NATO-Fragen nicht zum Themenkatalog der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Er, der Bundeskanzler, habe eine entsprechende Weisung gegeben, denn er wolle keinen Sonderstatus für Deutschland. Wenn man die NATO-Problematik in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen behandle, wachse das Mißtrauen bei anderen westlichen Alliierten, beispielsweise bei Kanada. In den Zwei-plus-Vier-Gesprächen sollten vielmehr nur die Fragen behandelt werden, die speziell Deutschland betreffen, wie beispielsweise der Berlin-Status oder die Oder-Neiße-Grenze.

PM Thatcher erwidert, es gebe auf der anderen Seite Überschneidungen bei Fragen, die zwischen NATO und Warschauer Pakt geregelt werden müßten, und solchen, die in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen behandelt würden. Dies gelte beispielsweise für die Frage der Sicherheit des derzeitigen DDR-Territoriums. In der Tat müsse es hierzu zunächst ausführliche Konsultationen unter uns geben. Wenn man sich auf eine gemeinsame Linie geeinigt habe, müsse man über das geeignete Forum zur Regelung dieser Frage sprechen. So stelle sich beispielsweise die Frage, ob Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages auch auf die DDR Anwendung finden sollen. Diese Frage sei noch nicht behandelt worden. Man könne bei der Behandlung dieser Frage nicht die Interessen der Sowjetunion ignorieren. Auch zu Berlin höre man sehr unterschiedliche Dinge, die teilweise verwirrend seien.

Der Bundeskanzler wiederholt, daß nach seiner Meinung Gorbatschow die NATO-Frage als ein Verhandlungsobjekt benutze. In der Tat müsse man versuchen, Lösungen zu finden, die Gorbatschow helfen, das Gesicht zu wahren, beispielsweise durch eine Übergangsregelung für die sowjetischen Truppen. Gorbatschow habe bekanntlich Probleme mit dem Rückzug seiner Truppen aus den WP-Staaten.

PM Thatcher stimmt zu und ergänzt, es sei daher wichtig, Gorbatschow bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme behilflich zu sein. Beispielsweise würden die sowjetischen Truppen künftig Hartwährung benötigen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies treffe zu. Bisher habe die Sowjetunion mit Erdgas und Erdöl bezahlen können.

PM Thatcher fährt fort, Gorbatschow wisse inzwischen, daß die sowjetische Industrie nicht länger vom Staat betrieben werden könne. Er habe deswegen die staatlichen Garantien für die sowjetischen Betriebe aufgehoben. Dies führe allerdings dazu, daß die sowjetischen Betriebe ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr einhalten könnten. Gorbatschow habe enorme wirtschaftliche Probleme. Es stelle sich daher die Frage, ob möglicherweise auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel ein Arrangement mit der Sowjetunion gesucht werden müsse.

Der Bundeskanzler erklärt, unser Interesse müsse sein, daß die Schwierigkeiten Gorbatschows nicht vergrößert würden. Vielmehr müßten wir ihm im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen. Man habe jetzt sechs bis sieben Monate Zeit. Diese Zeit solle man nutzen, um zwischen Frankreich, Großbritannien, USA und den beiden deutschen Staaten genaue Absprachen zu treffen, damit wir selber wüßten, was wir wollten.

Der Bundeskanzler wiederholt, wir sollten in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen keine Fragen behandeln, die in den NATO-Rahmen gehörten.

PM Thatcher wirft ein, beispielsweise die nukleare Problematik.

Der Bundeskanzler stimmt zu und erklärt, daß die SU versuchen werde, in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen die NATO-Fragen zu präjudizieren.

Unser Ziel müsse sein, auf dem KSZE-Gipfel die Sache abzuschließen. Auf dem Wege dahin käme dem Treffen zwischen GS Gorbatschow und Präsident Bush im Juni große Bedeutung zu.

Im übrigen schließe er nicht aus, daß die SU erklären werde, sie wolle ihre Truppen sofort aus der DDR zurückziehen. Auch Polen dränge darauf, daß die sowjetischen Truppen das

Land verließen. Dies sei allerdings solange nicht möglich, als sowjetische Truppen in der DDR stationiert seien. Insofern könne man sagen, daß die Polen an diesem Punkt in unserem Interesse wirkten.

Er habe im übrigen auch Gorbatschow erklärt, daß er noch froh sein werde, wenn die sowjetischen Soldaten bald aus der DDR abgezogen würden. Wenn dies beispielsweise nicht innerhalb der nächsten zwei Jahre geschehe, stünden die Sowjets vor dem Problem, ihren Soldaten in der DDR erklären zu müssen, wieso es möglich sei, in kurzer Zeit durch die Einführung der Marktwirtschaft ein Land wie die DDR wieder zur Blüte zu bringen.

PM Thatcher wirft ein, dies könnte für die Sowjets eine gute Lektion sein. Andererseits habe sie den Eindruck, daß Gorbatschow nicht wisse, wie man eine Marktwirtschaft einrichten soll.

Mazowiecki habe ihr übrigens bei seinem Besuch in London<sup>3</sup> gesagt, daß Polen bereit sei, sowjetische Truppen zu behalten, damit diese ihrerseits die sowjetischen Truppen in der DDR versorgten (supply).

PM Thatcher plädiert sodann dafür, die Optionen über die Problematik NATO/DDR zusammenzustellen. Hierbei müßten alle Möglichkeiten einbezogen werden. Dies sei auch wichtig, damit man Präsident Bush vor seinem Treffen mit Gorbatschow sagen könne, was zu tun sei. Im übrigen wolle sie feststellen, daß niemand genau wisse, wie es in der Sowjetunion weitergehe.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle auch der PM gegenüber noch einmal klarstellen, daß er nicht bereit sei, jeden Preis für die Einheit Deutschlands zu zahlen, insbesondere nicht den der Neutralität.

PM Thatcher stimmt nachdrücklich zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, natürlich könne man für eine Übergangszeit auch eine Lösung für den weiteren Verbleib der sowjetischen Truppen in der DDR finden. Gleichzeitig könne man für diese Übergangszeit vereinbaren, daß keine NATO-Einrichtungen und NATO-Truppen auf das Gebiet der DDR vorgeschoben würden.

PM Thatcher erklärt, man brauche einen politischen Rahmen für die Zukunft. Dieser müsse auch eine sich demokratisierende Sowjetunion einschließen. Der Warschauer Pakt existiere praktisch nicht mehr.

Der Bundeskanzler greift sodann die Frage der Oder-Neiße-Grenze auf. Man müsse in diesem Zusammenhang berücksichtigen, daß es für die Sowjetunion auch ein Problem mit der polnischen Ostgrenze gebe. Er wisse, daß es in den früheren polnischen Gebieten, die heute zur SU gehörten, erhebliche Unruhe gebe. Die Sowjetunion versuche daher, in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen von den Grenzen allgemein zu sprechen. Dies wolle er nicht, denn die allgemeine Frage der Grenzen gehöre in die KSZE.

PM Thatcher erklärt, die Oder-Neiße-Grenze müsse vertraglich geregelt werden. In der Tat seien nach dem Ersten Weltkrieg eine Reihe Staaten neu geschaffen worden. Man werde daher in größte Schwierigkeiten kommen, wenn man anfangs, sich von diesen Grenzen wieder zu entfernen. Aus diesem Grund sei es in der Tat wichtig, daß die allgemeinen Grenzfragen in der KSZE behandelt würden.

Der Bundeskanzler erklärt, daß in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen lediglich die Oder-Neiße-Grenze, alle anderen Grenzfragen aber in der KSZE behandelt werden sollten.

PM Thatcher stimmt zu und ergänzt, andernfalls werde man auch mit dem Problem Litauen konfrontiert, in das 1939 Teile von Weißrußland integriert worden seien.

3 Nr. 216 Anm. 7.

Wichtig sei, daß man (in der KSZE) auch die Minderheitenprobleme angehe, die sich in Südosteuropa und in der Sowjetunion selbst stellen.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe über die polnische Westgrenze auch mit de Maizière gesprochen.<sup>4</sup> Unsere Absicht sei, wahrscheinlich im Juni zwei gleichlautende Resolutionen des Bundestags und der Volkskammer zu verabschieden, in denen klar festgelegt werde, daß die Oder-Neiße-Grenze endgültig sei. Darüber hinaus würden die Regierung der DDR und die Bundesregierung diese EntschlieÙung der beiden Parlamente der polnischen Regierung in einer förmlichen Note übermitteln und gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß beide Regierungen nach der Vereinigung bereit seien, die Frage vertraglich abschließend zu regeln.

Was er jedoch nicht tun werde, sei, jetzt einen Vertrag abzuschließen, zu dem er nicht berechtigt sei. Würde er dies tun, beschwöre er eine verfassungsrechtliche Diskussion herauf. Im übrigen sei der jetzt aufgezeigte Weg politisch viel stärker.

PM Thatcher erinnert daran, daß sie dem Bundeskanzler eine Botschaft geschickt habe, in der sie diesbezügliche Erklärungen der beiden deutschen Parlamente sowie die Absicht, einen Vertrag nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu schließen, begrüÙe.<sup>5</sup> Sie verstehe, daß Deutschland keinen allgemeinen Friedensvertrag wünsche, aber eine friedensvertragliche Regelung mit Polen (peace settlement) sei wichtig.

PM Thatcher bittet sodann den Bundeskanzler um seine Einschätzung der Entwicklung in Deutschland.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle zunächst klarstellen, daß er nicht die Absicht habe, irgend jemanden vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wir hätten die Sache jetzt in der Hand. Die Zahl der Übersiedler gehe zurück. Hätte man dies jetzt nicht erreicht, hätte sich bis zum Sommer eine katastrophale Lage ergeben.

Jetzt sei es sehr wichtig, in der DDR Kommunalwahlen durchzuführen. Auf kommunaler Ebene seien die Kommunisten noch sehr stark. Ferner sollten die Länder in der DDR wieder ins Leben gerufen werden.

PM Thatcher wirft ein, es sei in der Tat wichtig, die bestehenden kommunistischen Strukturen zu brechen.

Der Bundeskanzler stimmt zu und fährt fort, vielleicht sei es möglich, im Herbst Landtagswahlen durchzuführen und in der zweiten Hälfte 1991 gesamtdeutsche Wahlen. Er wolle in jedem Fall klarstellen, daß er die Bundestagswahl Ende dieses Jahres nicht verschieben werde.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die Problematik der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu sprechen, die man im Gesamtzusammenhang sehen müsse. Die monetären Fragen lägen in den Händen der Bundesbank. Dies sei wichtig, damit keine politischen Experimente mit entsprechenden inflationären Auswirkungen gemacht würden. Die Bundesbank werde im Sommer die Währungsverantwortung für ganz Deutschland übernehmen. Zur Zeit habe man noch immer das Problem, eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Daten der DDR zu erhalten.

Der Bundeskanzler erklärt, de Maizière werde in seiner Regierungserklärung<sup>6</sup> die Lage ungeschminkt darlegen und vor allem auch die Verantwortung klarstellen. Dann werde man, wie gesagt, im Sommer die DM einführen. Hierbei gelte es, auch die soziale Lage der Men-

4 Bundeskanzler Kohl hatte erstmals nach den Wahlen in der DDR den Vorsitzenden der CDU in der DDR, de Maizière, und weitere Politiker der „Allianz für Deutschland“ am 21. März 1990 in Bonn empfangen (Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, 337). Am Abend des 28. März traf er mit de Maizière „zu einem ersten Gespräch über die Regierungsbildung und zur Vorbereitung der Regierungserklärung“ im Kanzlerbungalow zusammen (Teltschik, 329 Tage, 188).

5 Nr. 210.

6 Nr. 248 Anm. 1.

schen in der DDR zu bedenken. Die Probleme seien allerdings nicht so dramatisch, denn 85% der Sparguthaben in der DDR beliefen sich auf Beträge unter 5000,- Mark Ost.

PM Thatcher wirft ein, wenn diese Summe 1:1 umgetauscht werde, sei dies ein gutes Geschäft.

Der Bundeskanzler erklärt, es sei zunächst nur daran gedacht, pro Kopf 2000,- Mark im Verhältnis 1:1 umzutauschen. Alle anderen Konten würden 1:2 umgetauscht. Hierbei seien die Schulden der DDR-Betriebe ein entscheidendes Problem.

Parallel zu diesem Vorgehen werde man in der DDR eine marktwirtschaftliche Gesetzgebung erlassen.

Ein weiteres wichtiges Problem seien die Renten; hier müsse die Bundesrepublik Deutschland eine Anschubfinanzierung sicherstellen. Das gleiche gelte für die Arbeitslosenversicherung. Politisch sei in diesem Zusammenhang wichtig, daß etwa 37% der Bürger der DDR Rentner über 60 Jahre seien. Dies sei eine wichtige Zielgruppe, um die man sich kümmern müsse. Es werde in der DDR unvermeidlich Arbeitslosigkeit geben. Das bedeute, daß man für zwei bis drei Jahre Umschulungsmaßnahmen durchführen müsse.

Er sei sicher, daß die Einführung der DM in der DDR einen großen Boom zur Folge haben werde. Die deutschen Firmen stünden in den Startlöchern. Es sei wünschenswert, wenn sich auch britische Firmen in der DDR niederließen, denn die Qualifikation der Leute dort sei sehr gut. Er rechne mit einem großen Investitionsschub in der DDR, wobei allein das Baugewerbe eine große Dynamik auslösen werde. Die Bundesregierung werde im übrigen Existenzgründungen in der DDR steuerlich begünstigen.

Politisch schüre die SPD derzeit eine Angstkampagne. In der Bundesrepublik Deutschland werde von der SPD verkündet, daß wir zu viel zahlen müßten. In der DDR wiederum erkläre sie, es fließe zu wenig Geld. Er wolle klarstellen, daß die Bundesregierung die Steuern nicht erhöhen, aber Umschichtungen im Finanzsystem von Ländern, Bund und Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen werde.

PM Thatcher wirft ein, in der Bundesrepublik Deutschland gebe es erhebliches Kapital.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu und wiederholt, er wolle keine Steuererhöhungen, aber eine Umschichtung der öffentlichen Finanzen. Dies werde sicherlich noch eine schwierige Diskussion nach sich ziehen. Auch werde man die öffentlichen Ausgaben in einigen Bereichen strecken müssen, was wiederum zu Streit führen werde. Schließlich habe er auch noch ein Problem mit den Gewerkschaften, die sich überhaupt nicht solidarisieren wollten, sondern statt dessen für eine Verkürzung der Arbeitszeit einträten. Hierfür hätten sie allerdings in der Bevölkerung keine Unterstützung.

PM Thatcher erkundigt sich nach dem Abbau der Preissubventionen in der DDR.

Der Bundeskanzler erwidert, es sei beabsichtigt, die Preise – bis auf die Mieten – freizugeben. Bei den Mieten brauche man eine Stufenlösung. Er wolle aber noch einmal sagen, daß das Problem insgesamt lösbar sei. Die DDR habe rund 16 Mio. Einwohner, aber nur die Wirtschaftskraft eines Landes wie Hessen, das 5 Mio. Einwohner habe. Außerdem gehe die Bundesrepublik Deutschland in das 8. Jahr des Wirtschaftsbooms.

Bei alledem sei wichtig, daß die Bundesregierung eng mit der Europäischen Gemeinschaft zusammenarbeite. Sein Interesse sei nicht, von der EG Geld zu erhalten. Er habe entsprechende Ängste von Griechenland und Irland bereits in Brüssel besänftigt. Man brauche aber für einzelne Bereiche Übergangsregelungen, wie seinerzeit im Falle von Spanien und Portugal.

Im Bereich der Umwelt herrschten in der DDR unfaßbare Zustände. Beispielsweise müsse man zwei der dort existierenden Kernkraftwerke sofort schließen. Andererseits hätten die Braunkohlekraftwerke keine Elektrofilter.

Wirtschaftlich werde die Struktur eines vereinigten Deutschlands anders aussehen als die des Deutschen Reiches. Die wirtschaftliche Schwerkraft bleibe am Rhein und im Südwesten

Deutschlands. Dies habe auch politische Relevanz. Auch ein künftiges Deutschland werde nicht nach Osten, sondern nach Westen orientiert sein.

PM Thatcher wirft die Frage auf, was der Europäische Rat am 28. April in Dublin zur DDR-Problematik sagen könne. Ihrer Meinung nach könne man keine Substanzdiskussion führen, sondern allenfalls Verfahrensfragen erörtern.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Es sei in der Tat verfrüht, jetzt schon über Lösungen für die schwierigen Probleme, beispielsweise im Agrarbereich oder beim innerdeutschen Warenverkehr, zu sprechen.

Andererseits liege ihm sehr daran, die Premierministerin laufend über die anstehende Entwicklung zu informieren. Er biete daher an, daß seine Mitarbeiter im Bundeskanzleramt sich etwa einmal im Monat mit Charles Powell treffen und ihn auf dem laufenden hielten.

PM Thatcher ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

PM Thatcher kommt sodann auf die Entwicklung in Litauen zu sprechen. Vor einer Woche habe es so ausgesehen, als ob die Dinge sich zuspitzen. Gorbatschow habe sie angerufen<sup>7</sup> und deutlich gemacht, daß er unter erheblichem Druck von innen stehe. Gorbatschow habe klar zum Ausdruck gebracht, daß das Vorgehen der Litauer sehr provozierend gewesen sei. Er versuche, die Gemüter zu beruhigen, habe aber nicht viel Unterstützung von litauischer Seite. In der Tat könne man eine friedliche Lösung nur erreichen, wenn beide Seiten einen Beitrag leisteten.

Die britische Regierung sei bei ihren öffentlichen Äußerungen sehr vorsichtig gewesen. Großbritannien habe die Annexion Litauens juristisch nie anerkannt, aber in Helsinki sei eine De-facto-Anerkennung erfolgt. Sie trete für ein sehr vorsichtiges Vorgehen ein und habe auch Präsident Bush wissen lassen, daß er auf die Litauer mäßigend einwirken solle.

Insgesamt habe sie aus dem Gespräch mit Gorbatschow den Eindruck gewonnen, daß dieser sehr besorgt sei.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe die Sowjets wissen lassen, daß wir nichts täten, um die Dinge zu komplizieren. Andererseits gebe es Leute, die ihn in dieser Sache bedrängten. Sollte es in Litauen zu Blutvergießen kommen, würde vieles kaputtgehen.

PM Thatcher ...<sup>8</sup>

Schließlich wolle sie dem Bundeskanzler noch mitteilen, daß die britische Regierung beabsichtige, Englischlehrer in die DDR zu schicken.

Der Bundeskanzler befürwortet dieses Vorhaben sehr und schlägt vor, daß die britische Regierung auch die Gewährung von Stipendien an Studenten aus der DDR in Erwägung ziehe.

PM Thatcher erklärt sich bereit, diese Frage wohlwollend zu prüfen.

*Hartmann*

<sup>7</sup> Dazu Nr. 235.

<sup>8</sup> Im folgenden besprochen: Südafrika.